



CAETAN BALLY/KESTONE

Budget abspecken mit Zwangsferien: Ein Chemielehrer erklärt den Aufbau eines Fettmoleküls. (Zürich, 1. Juni 2004)

Sparvorschlag der Gymilehrer: Eine Woche mehr Ferien

Zur Diskussion steht zudem eine Verkleinerung der Langgymnasien

Die Zürcher Gymilehrer wollen auf Lohn verzichten und dafür mehr Ferien. Mit diesem Vorschlag steigen sie in die Sparverhandlungen.
René Donzé

Unbemerkt von der Öffentlichkeit haben die Gymnasiallehrer des Kantons Zürich letzte Woche einen Beschluss gefasst, der noch zu reden geben wird: Wenn schon in der Bildung gespart werden muss, dann soll dies so geschehen, «dass sich der Schaden in Grenzen hält». So sagt es Rolf Bosshard, Präsident des Mittelschullehrpersonenverbands Zürich (MVZ). Der Verband schlägt deshalb vor, dass die Gymnasien vorübergehend eine Woche mehr Ferien machen sollen. Das würde die Kosten pro Jahr um mehrere Millionen senken.

Mit diesem Vorschlag gehen die Lehrer kommende Woche in die Verhandlungen mit Bildungsdirektorin Silvia Steiner (cvp.). Steiner wird den betroffenen Verbänden ihre Sparvorschläge präsentieren und Alternativen diskutieren. Insgesamt müssen die Mittelschulen gemäss Vorgabe des Regierungsrates in den nächsten Jahren jährlich 18 Millionen Fran-

ken sparen. Weitere 20 Millionen soll die Volksschule und nochmals 11 Millionen die Berufsbildung beitragen. Noch hält sich Steiner bedeckt, wie sie das erreichen will. Bis jetzt liess sie lediglich durchblicken, dass sie weder Klassen vergrössern noch Lehrerlöhne senken will.

Der Vorschlag des MVZ ist bemerkenswert: Erst vor wenigen Wochen hat das Luzerner Kantonsparlament eine Woche Zwangsferien an Mittelschulen und Berufsschulen beschlossen und damit einen Sturm der Enttäuschung an den Gymnasien ausgelöst. Dennoch steht Bosshard hinter der Idee: «Wir sind zwar grundsätzlich gegen Sparmassnahmen in der Bildung», sagt er. «Aber wenn schon, dann sollte das Sparen möglichst ohne grossen Schaden geschehen.»

Gleichmässiger Abbau
Die Vorteile einer zusätzlichen Ferienwoche lägen aus Bosshards Sicht auf der Hand: Die Lehrer erhielten zwar etwas weniger Lohn, dafür einen Gegenwert in Form von mehr Ferien. Es gäbe weder Pensensabbau noch Entlassungen. Der Verlust an Unterrichtszeit wäre nicht allzu gross und würde gleichmässig verteilt. Studierfä-

higkeit und Allgemeinbildung der Maturanden wären nicht gefährdet. Und das Ganze liesse sich leicht wieder rückgängig machen.

Interessanterweise stossen die Gymilehrer damit in Bildungskreisen auf Verständnis. «Generell wäre das zwar eine Bankrotterklärung der Bildung», sagt Jürg Brühlmann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Lehrerverbandes Schweiz. Wenn überhaupt, wären Zusatzferien aber auf Gymistufe machbar. Lilo Lätzsch vom Zürcher Lehrerverband kann sich an der Volksschule keine Zusatzferienwoche vorstellen. «Der Schulerfolg hängt wesentlich von der Zeit ab, die man in der Schule verbringt», sagt sie. «Am ehesten noch wäre diese Massnahme bei den Besten möglich, da von ihnen Eigeninitiative erwartet werden darf», sagt sie. Also an den Gymis.

Laut Marc Kummer, Chef des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes, gehören Zusatzferien zwar nicht zu den Massnahmen, die vonseiten der Bildungsdirektion vorgeschlagen werden. Doch sei es das Ziel der Gespräche, offen über alles zu diskutieren.

Zur Sprache kommen wird dabei auch der Vorschlag der Bildungskommission des Kantons-

rates. Sie fordert in einer Erklärung zum Entwicklungs- und Finanzplan, dass der Anteil der Schüler an den Langgymnasien reduziert werden soll. Heute wählen rund 60 Prozent der Maturanden den Weg übers Langgymnasium, nur noch 40 Prozent gehen zuerst in die Sekundarschule und dann ins Kurzgymnasium. Die Kommission wünscht sich ein Verhältnis von 50 zu 50, wie es früher einmal war.

Numerus clausus am Gymi

«Das ist ein konstruktiver Beitrag zur Spardebatte», sagt SP-Fraktionschef und Gymilehrer Markus Späth. So würde erstens das Budget entlastet und zweitens die Sekundarschule aufgewertet. Erreicht werden könnte das durch eine tiefere Aufnahmequote ins Langgymnasium. «Damit könnte der Kanton sicher mehrere Millionen im Jahr sparen, ohne dass die Bildungsqualität oder die Maturitätsquote deswegen gesenkt werden müssten», sagt Späth.

Auch der MVZ sieht in einer Reduktion der Gymischülerzahlen eine gangbare Sparmassnahme. «Ob man das dann Numerus clausus, Obergrenze oder Kontingente nennen will, interessiert uns weniger», sagt Rolf Bosshard.